

# Kolumbien-Monatsbericht

## Welche Agrarreform schafft Frieden ?

von Stephan Suhner

Mai 2000 No. 5 / 2000

### Inhaltsverzeichnis

#### Globalisierung und Relatifundisierung

#### Plan Colombia - Mit einem autoritär-repressiven Modernisierungsmodell zum Frieden ?

#### Beharren auf einem gescheiterten Agrarreformmodell

#### Die Alternativen der Kleinbauernbewegung

### Globalisierung und Relatifundisierung

Die Landbesitzverteilung Kolumbiens ist heute ungerechter als je zu vor: nach einer leichten Entschärfung der Besitzkonzentration von 1970 bis 1984 ist seither aber wieder eine umgekehrte Tendenz zu beobachten, nämlich eine erneute markante Konzentration des Grundbesitzes in Flächeneinheiten von über 2000 Hektaren. Verloren haben die mittleren Bauern von 20 bis 200 Hektaren, von denen viele durch die wirtschaftliche Öffnung ruiniert wurden, während die Kleinbesitzer mit weniger als 20 Hektaren ihren Anteil v.a. wegen der andauernden Kolonisation von Neuland einigermaßen halten konnten. Für dieses neue Phänomen wurde der Begriff der Relatifundisierung geprägt. Gründe dafür sind der Drogenhandel und damit verbunden das Entstehen einer neuen finanzstarken Käufergruppe, die Ausdehnung des Paramilitarismus, mit dem Tausende von Kleinbauern vertrieben und der neue Besitz abgesichert wurde sowie der stetige Anstieg der Bodenpreise - nicht zuletzt wegen der starken Nachfrage durch die Drogenhändler -, so dass dieser heute weit über der landwirtschaftlichen Rentabilität des Bodens liegt und somit der Spekulation und der Bodenkonzentration neuen Auftrieb gibt. Die kommerzielle kolumbianische Landwirtschaft konnte nach der wirtschaftlichen Öffnung gegenüber dem Weltmarkt nicht bestehen, die Importe von Lebensmitteln haben sich seit 1991 versiebenfacht und etwa 1,3 Millionen Hektaren Ackerland werden nicht mehr bebaut. Die wirtschaftliche Entwicklung Kolumbiens unter Beibehaltung des Latifundiums ist kläglich gescheitert, die Kleinbauern hingegen produzieren trotz der jahrzehntelangen Vernachlässigung immer noch 60% der

Nahrungsmittel und kommen bei 13% des Grundbesitzes für 43% der kultivierten Fläche auf, während der Grossgrundbesitz 43% des Bodens auf sich vereint, aber nur für 9% der kultivierten Fläche aufkommt.

Die Campesinos stehen heute in ihrem Kampf um gerechten Zugang zu Boden und in der Verteidigung der Campesinowirtschaft dem transnationalen Kapital mit seinen Megaprojekten in Infrastruktur, im Energiebereich und in der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, sowie der globalisierten, kapitalintensiven und hochproduktiven Landwirtschaft gegenüber. Das transnationale Kapital muss für seine Ausbeutungsprojekte den ländlichen Raum von überflüssiger armer Bevölkerung säubern, den Widerstand der Sozialbewegungen brechen und sich billige Arbeitskräfte erhalten. Das Mittel dazu ist der Krieg mit seiner gezielten Politik der Vertreibungen. Ausgehend von diesen Megaprojekten und der kapitalintensiven Plantagenwirtschaft ist deshalb in Kolumbien eine gewaltige Gegenagrarreform im Gange. Innerhalb der globalen Entwicklungspläne hat ein auf Kleinbauernwirtschaft und Ernährungssicherheit ausgerichteter Agrarsektor keinen Platz, einzig einige Plantagenkulturen wie Ölpalme, Cacao und Kautschuk auf den besten Böden Kolumbiens zählen noch. Was hingegen zählt ist die Eingliederung des ländlichen Raumes Kolumbiens in die Projekte des globalen Kapitals, um die herum das ganze wirtschaftliche Geschehen kreist.

## **Plan Colombia - Mit einem autoritär-repressiven Modernisierungsmodell zum Frieden ?**

In Kolumbien wird also, v.a. im ländlichen Raum ein sozioökonomisches Projekt autoritärer Modernisierung verfolgt, das auf die Selbstbestimmung und auf die soziale Gerechtigkeit der ländlichen Gemeinschaften äusserst negative Auswirkungen hat. Um dieses Projekt durchzusetzen und um die Verantwortung zu vertuschen wurde eine umfassende parastaatliche Struktur aufgebaut. Die Regierung Pastrana versucht, teilweise mit der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, diesen bestehenden Prozess zu fördern, mit einer legalen Basis zu versehen, und gleichzeitig ein Auseinanderfallen des Staates durch die zunehmende Fragmentierung des Staates und die Privatisierung der Sicherheit zu verhindern. Der Entwicklungsplan „Wandel für den Frieden“ und der umstrittene Plan Colombia sind dabei die zentralen Instrumente. Die offiziellen Ziele des Plan Colombia sind Stärkung der Justiz und der Demokratie, der Respekt der Menschenrechte, die Erholung der Wirtschaft durch die Förderung des Freihandels und der ausländischen Investitionen, die Reduktion der illegalen Kulturen und die Rückgewinnung der staatlichen und militärischen Kontrolle über den Süden des Landes. Damit soll ein wesentlicher Beitrag zur Befriedung des Landes geleistet werden. Die Frage ist aber, was für einen Frieden die kolumbianische Oligarchie will. Es sieht ganz danach aus, dass die Bestrebungen darauf hinaus laufen, mit einem Diktatfrieden dieses autoritäre, gewaltsame Entwicklungsmodell abzusichern und die damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen dem Vergessen und der Straflosigkeit zu übergeben.

Der Plan Colombia setzt sich zum Ziel, die illegalen Kulturen durch einen verstärkten Einsatz chemisch-biologischer und militärischer Massnahmen um 50% zu reduzieren und andererseits alternative Entwicklungspläne zur Drogensubstitution durchzuführen. Dabei wird aber nicht bedacht, dass die illegalen Kulturen gerade

durch die wirtschaftliche Öffnung stark zunehmen und dass die alternative Entwicklung bisher an diesem ungünstigen wirtschaftlichen Umfeld und an der repressiven Drogenbekämpfung scheiterte. Die vorgeschlagene alternative Entwicklung mit der Bezeichnung „strategische Allianzen“ ist nichts anderes als die Förderung der Plantagenwirtschaft unter dem Kommando der Grossgrundbesitzer. Für die Regierung ist es ein Programm, in dem sich die staatliche Unterstützung der ländlichen Entwicklung in produktiven land- und forstwirtschaftlichen Projekten um eine Hauptaktivität herum konzentriert, in denen sich die ländlichen Gemeinschaften mit dem Unternehmensektor in strategischen Allianzen vereinigen, um so den Zugang der landlosen Arbeiter zu den Ressourcen zu verbessern und die nachhaltige Erholung des Agrarsektors zu einem Geschäft für alle zu machen. Diese Alternative heisst jedoch für Hector Mondragón, Ökonom und Berater der nationalen Campesino- und Indigenenverbände, nichts anderes, als dass in den Regionen, wo die Coca vernichtet wurde, den Campesinos und Indigenen nichts anderes übrigbleibt, als sich der Pacht grossen Stiles zu unterwerfen, um für die Grossgrund- und Kapitalbesitzer Palmen, Kautschuk, Cacao und Holzplantagen anzulegen. Es handelt sich also um eine Gegenagrarreform, in der die Campesinoproduktion durch die Herrschaft der Plantagenbesitzer ersetzt wird, die die Arbeitskraft der Campesinos und Indigenen durch erneuerte und moderne Formen der Knechtschaft ausbeuten. Das perverse Resultat dieser „alternativen Entwicklung“ wird mehr Gewalt, die Zerstörung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen und die Bereicherung der transnationalen Unternehmer, der Grossgrund- und Kapitalbesitzer sowie der Spekulanten sein.

Noch gravierender ist aber, dass die Grossgrundbesitzer und Agroindustriellen mit dem Plan Colombia die Mittel der internationalen Gemeinschaft zur Erhaltung ihres historischen Modelles der Herrschaft und der Besitzkonzentration benützen können. Mit dem Plan wird die Rolle des Gamonal gestärkt, in dem er weiterhin als Agent der ausländischen Investitionen auftreten kann, da er mit Plan Colombia die weitere wirtschaftliche Öffnung verspricht und die militärische „Peitsche“ des Planes zur Durchsetzung der Interessen ausländischer Investoren zum Beispiel im Erdölsektor gegen die Rechte der Campesino- und Indigenengemeinschaften garantiert. Dies erklärt auch das strategische Interesse der USA und anderer Industrienationen am Plan Colombia, an Pastranas „Friedensprozess“ und am Machterhalt der Gamonales. Die sozialen Investitionen, die Anstrengungen zur Förderung der Justiz und der Menschenrechte etc. sind in diesem Kontext blosser Dekoration, um den Schein zu wahren und die wahren Absichten zu verschleiern.

### **Beharren auf einem gescheiterten Agrarreformmodell**

Die Wichtigkeit der Agrarfrage wurde von der Regierung immer wieder betont. Jedoch die Ansichten, wie sie angegangen werden soll, gehen auseinander. Mit dem Gesetz 160 wurde versucht, Agrarreform statt mit Staatsintervention mit den Marktmechanismen zu machen. Die freiwillige Verhandlungen zwischen Grossgrundbesitzern und landlosen Campesinos als Hauptmechanismus sollte eine gerechtere Verteilung des Grundbesitzes erreichen, während der Staat nur noch in Konfliktfällen interveniert, sich sonst aber aus der Verantwortung gestohlen hätte. Der begünstigte Campesino erhält 70% des Preises der Parzelle subventioniert, die restlichen 30% muss er als Kredit aufnehmen und startet so mit einer unbezahlbaren Schuld. Von den Begünstigten des Jahres 1995 haben deshalb praktisch alle ihr Land schon wieder an die Gläubigerbanken verloren. Ausserdem

verkennt diese Art von Agrarreform, dass in Kolumbien kein funktionierender Bodenmarkt existiert, sondern dieser vielmehr durch die Spekulation, den Drogenhandel und die gewaltsamen Aneignungen hochgradig verzerrt ist. Ebenso wird verkannt, dass in einer undemokratischen ländlichen Gesellschaft, die während Jahrhunderten auf paternalistischen Abhängigkeitsverhältnissen beruhte, die politischen und sozioökonomischen Kräfteverhältnisse nur mit einer entschlossenen Staatsintervention und nicht mit freiwilligen Verhandlungen zwischen Herren und Dienern geändert werden können.

Diese freiwilligen Verhandlungen funktionierten zwar mehrheitlich nicht, dem INCORA wurde hingegen mehr Land zum Kauf angeboten als je zuvor, und mehr als dieses ankaufen konnte. Angeboten wurde zu erhöhten Preisen aber meist qualitativ minderwertiges Land von ruinierten mittleren Agrarunternehmern (die Durchschnittsfläche der dem INCORA angebotenen Grundstücke beträgt 230 Hektaren). Die Grossgrundbesitzer hingegen verkaufen ihr Land nicht dem INCORA, und es gibt auch keine griffigen Mechanismen, die ihren Landbesitz in Gefahr bringen würde. Das INCORA tritt also dort als Käufer auf, wo sich der Boden nicht anderweitig verkaufen lässt, und trägt so zur allgemeinen Bodenpreissteigerung bei. Zudem wird das Budget des INCORA und anderer staatlicher Institutionen des Sektors von Jahr zu Jahr mehr gekürzt, wobei nun als letzter Schritt deren Privatisierung wegen Ineffizienz geplant ist. Obwohl dem INCORA 1997 über eine Million Hektaren angeboten wurde, konnte es nur 42'000 Hektaren ankaufen und damit 3113 von 36'000 im Programm eingeschriebenen Familien begünstigen. Seit 1994 wurden 9'027 Familien bei einem Potential von 1'547'676 „landbedürftigen“ Familien begünstigt.

## **Die Alternativen der Kleinbauernbewegung**

Inmitten dieses negativen Umfeldes haben sich die Kleinbauernbewegungen in den vergangenen vier Jahren gestärkt und haben heute zu allen wichtigen Themen realisierbare Alternativvorschläge und klare Forderungen erarbeitet. Nach einer nachhaltigen Schwächung durch den ab 1987 gegen die Campesinobewegungen einsetzenden schmutzigen Krieg und durch die wirtschaftliche Öffnung, haben die grossen Campesino - Märsche von 1996 eine Wende gebracht. Die massiven Proteste waren die Rache des über Jahrzehnte vernachlässigten Kleinbauerntums und die Einforderung ihrer Anerkennung als gleichwertige Bürger. Seit etwa drei Jahren versucht der Consejo Nacional Campesino CNC die zersplitterten, teils nur lokal verankerten Campesino - Organisationen zu koordinieren und so im Kampf um gemeinsame Ziele zu vereinen. Unter Pastrana verstärkten sich die Proteste der Sozialbewegungen gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik und kristallisierten sich in der Vereinigung breiter sozialer Sektoren im Widerstand gegen den Entwicklungsplan „Wandel für den Frieden“ und in der Erarbeitung eines 41 Punkte umfassenden Forderungskatalog, der von Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik über Agrarreform bis zu Menschenrechte reichte.

Zur Durchsetzung ihres autoritären Modelles greifen die lokalen politischen und wirtschaftlichen Interessenvertreter zu gewalttätigen, parastaatlichen Instrumenten, um den Widerstand der Volksbewegungen zu brechen und die Bevölkerung ihrem Dominations- und Ausbeutungsmodell unterzuordnen. Dazu dienen wie schon gesagt die gezielten Vertreibungen und die Beseitigung (Ermordung, Verschwindenlassen, Exil) der Führungsleute. In diesem Klima des

Terror ist es schon ein Wunder, dass es immer noch Volksbewegungen und fähige Führer gibt, die immer wieder Vorschläge und Visionen entwerfen. Die Gefahr ist jedoch gross, dass immer mehr soziale Sektoren durch die Gewalt zermürbt werden und um den Preis des Friedens die Straflosigkeit und den Sieg dieses autoritären Modells akzeptieren. Das wichtigste Ziel der verbliebenen Sozialbewegungen ist es deshalb, zivilen Widerstand gegen die parastaatliche Gewalt zu leisten und für die Selbstbestimmung und den integralen Respekt der Menschenrechte zu kämpfen. Dieser Kampf sollte zu einer Machtverschiebung von den Gamonales zugunsten der Campesinogemeinschaften führen. Ein wesentliches Ziel der Campesino- und Indigenenbewegung ist es deshalb, nicht mehr länger nur Objekte sondern Subjekte ihres Schicksals zu sein und die Macht und die Instrumente in die Hand zu gewinnen, um über ihre Zukunft und Entwicklung selbst bestimmen zu können. Wenn sie das erreicht haben, sind sie sogar bereit, strategische Allianzen einzugehen, aber nur aus einer Position der Gleichwertigkeit heraus. Einige regionale Campesino - Organisationen haben es geschafft, auf diesem Weg ein gutes Stück vorwärts zu kommen, in dem sie nach lokalen Zivilstreiks mit der Regierung abkommen schliessen konnte, wie z.B. im Magdalena Medio im Oktober 1998 oder im Cauca im November 1999. Zentrale Elemente dieser Abkommen sind jeweils der integrale Schutz der Menschenrechte und die Bekämpfung des Paramilitarismus sowie die staatliche Unterstützung für die Durchführung eines von der Basis her erarbeiteten Entwicklungsplanes.

Die Campesinos schlagen zusammen mit anderen Sozialbewegungen ein Entwicklungsmodell vor, das im Agrarbereich auf Ernährungssicherheit und die Produktion für den internen Markt setzt und allgemein die kolumbianische Produktion massvoll schützt und die Rohstoffe zugunsten des kolumbianischen Volkes nutzt und von der Perspektive der lokalen Gemeinschaften und von den Interessen der Campesinos, der Arbeiter und der Nation ausgeht. Die Campesinos sind überzeugt, dass die Zukunft in der Förderung der Kleinbauernwirtschaft liegt, und dass diese mit gezielter Förderung wesentlich effizienter ist als der Grossgrundbesitz. Gegen die private, spekulative und gewalttätige Enteignung der Campesinos und Indigenen durch transnationale Unternehmen und Spekulanten schlagen die Campesinos die Anwendung der administrativen Enteignung und der Besitzrechtserlöschung vor, da die Agrarreform nur so finanzierbar und deren Rentabilität garantiert ist. Dadurch könnte die Besitzkonzentration aufgebrochen, der Spekulation und den überhöhten Preisen ein Ende bereitet, Millionen Hektaren von verschwendetem Boden einer produktiven Nutzung zugeführt und finanzielle Ressourcen für produktivere Investitionen frei gemacht werden. Als wesentliche Bedingung, um in Kolumbien Frieden mit sozialer Gerechtigkeit zu erreichen, verlangen sie eine massive, integrale und demokratische Agrarreform, die den Landbesitz umverteilt, die Agrargrenze stabilisiert und die empfindlichen Ökosysteme schützt, den Zugang zu Boden und zu allen anderen Produktionsmitteln sicher stellt, die soziale Infrastruktur demokratisiert und den Campesino - Organisationen und den Gemeinschaften bei der Erarbeitung und Überwachung der Pläne und Projekte effektive Mitsprache garantiert. Ausserdem schlagen sie die Schaffung von bis zu 500 Campesinoreserven hauptsächlich innerhalb der Agrargrenze und unter Verwendung der 5 Millionen Hektaren Land im Besitze der Drogenhändler vor.

Da die Diskussionen mit der Regierung über das offizielle Gesetzesprojekt nichts brachte, haben die Campesinos nun ihr eigenes, in einem langen Konsensverfahren

erarbeitetes Gesetzesprojekt in den Kongress eingebracht, wo es jedoch gleich mal schubladisiert wurde. Darin schlagen sie einen wesentlich schnelleren Prozess zur Enteignung von für die Agrarreform benötigtem Land, neue Anwendungsgründe für die Besitzrechtserlöschung wie z.B. die Verletzung der Arbeitsmindeststandards und eine Obergrenze für den individuellen Landbesitz von zwei Familienbetriebseinheiten (je nach Region etwa 20 bis 100 Hektaren) vor. Um eine unangemessene Bereicherung der Grossgrundbesitzer zu verhindern, darf der Preis der vom Staat anzueignenden Grundstücke maximal 200% über dem Katasterpreis liegen (1). Ausserdem soll die Kolonisierung und die Titulierung von Staatsland unterbunden werden, bis alles Land innerhalb der Agrargrenze verteilt wurde. Um die weitere gewalttätige Aneignung von Boden zu verhindern, sollen jegliche Transaktionen von Land vertriebener Campesinos unterbunden und in den Besitzrechtsklärungsprozessen ununterbrochene Besitztitel bis 1917 verlangt werden. Ausserdem sollen die rechtlichen Bestimmungen aufgehoben werden, die die Enteignung von Campesinos in der Nähe von Bohrstellen und Bergwerken erlauben, wie z.B. der Mechanismus der Erdölreservate im Agrarreformgesetz No. 160.

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, arbeiteten die Kleinbauernvereinigungen des CNC einen Budgetvorschlag aus. Darin sind alle von der Regierung Pastrana gegenüber den protestierenden Gemeinschaften eingegangenen finanziellen Verpflichtungen, der Wert der für eine integrale Agrarreform notwendigen Ländereien, Produktionsmittel, technische Unterstützung und soziale Dienstleistungen sowie der Wert der vom Staat aufzukaufenden Schulden von allen Campesinos und mittleren Bauern enthalten.

Mit diesen Vorschlägen liefert der CNC den Beweis, dass reale Alternativen zum fragwürdigen Plan Colombia existieren. Die Regierungen Europas, welche am 6./7. Juli in Madrid zusammenkommen, um zu beraten, wie und ob sie den offiziellen Plan Colombia der Regierung Pastrana unterstützen sollen, ist zu empfehlen, solche Alternativen zu studieren. Sie könnten unserer Ansicht nach dem Frieden in Kolumbien eher auf die Beine helfen, als der Plan Colombia, welcher grundsätzlich mehr ein Kriegs- als ein Friedensplan ist, schön garniert mit verfänglichen „sozialen“ Projekten !

### **Anmerkung**

1 Auf dem im Kataster eingetragenen Preis beruht die Besteuerung, so dass dafür häufig ein zu tiefer Wert angegeben wird. Mit der vorgeschlagenen Massnahme soll erstens der Katasterwert der Realität angenähert werden, und verhindert werden, dass die Grundbesitzer aufgrund eines tiefen Katasterwertes wenig Steuern bezahlen, dann das Land aber teuer dem INCORA verkaufen.